

Manfred Krämer

Thomas Gawron

Die ökumenische Gemeinde an der Freien Universität Berlin

Theologen verschiedener Fachgebiete, besonders Exegeten, haben aufgezeigt, daß die Entwicklung demokratischer Kommunikations-, Organisations- und Entscheidungsprinzipien nicht im Gegensatz zu Strukturprinzipien der Kirche stehen, sondern eine Konsequenz eines Evangeliums der Freiheit sind. Sie haben weiter deutlich gemacht, daß Kirche kein von der Gesellschaft isoliertes Heilsystem ist. Als Gemeinschaft derer, die aus den in Jesus angesagten und endgültig bestätigten Verheißungen Gottes zu leben versuchen, ist ihr die Humanisierung der gesellschaftlichen Mitwelt immer neu aufgetragen.¹

Immer mehr Katholiken wollen aus diesen Einsichten praktische Konsequenzen für die Kirchenstrukturen und das Gemeindeleben ziehen. Der folgende Bericht soll am Beispiel der Katholischen Hochschul-Gemeinde an der Freien Universität in West-Berlin ausführen, welche Probleme und Konflikte sich bei dem Versuch ergeben können, eine demokratische und politische Gemeinde zu konstituieren.

I. Studenten-Gemeinde in der Reform

Die Diskussion der nachkonziliaren, vor allem der «politischen» Theologie, fand unter den christlichen Studenten zu Beginn der studentischen Protestbewegung statt. Die Kritik der radikaldemokratischen und sozialistischen Gruppen an undemokratischen und autoritären Strukturen in Staat und Gesellschaft; an der Gleichgültigkeit vieler Bürger gegenüber Elend und Ausbeutung in Industriestaaten und der «Dritten Welt» und die Kritik an der Entmündigung der Gesellschaft durch vielfältige Manipulationsmechanismen zugunsten der Herrschenden wurde auch von den katholischen Studenten aufgearbeitet. Diese Kritik wurde von ihnen auf die Kritik an den autoritär hierarchischen Strukturen und der gesellschaftspolitischen

Funktion der katholischen Kirche bezogen. Waren sich die aktiven Studenten der Katholischen Studenten-Gemeinde (KSG) bald einig in der Analyse der verfestigten und damit unchristlichen Struktur der Kirche, waren die Konsequenzen, die daraus gezogen werden sollten, in der Reformationsphase der Gemeinde 1967/68 umstritten.

Die einen verstanden diese Struktur als organisatorische Konsequenz eines für prinzipiell ideologisch gehaltenen Glaubens und lehnten – wie der «Kritische Katholizismus»² in dieser Zeit – jede Differenzierung von Glaube, Religion und Kirche als neuen Immunisierungsversuch des christlichen Glaubens gegenüber radikaler Kritik ab. Diese Kritik bedeutete jedoch nicht eine totale Abkehr von der Institution Kirche. Sie wurde vielmehr als Agitationsfeld subversiv arbeitender sozialistischer Gruppen verstanden. Dabei sollte die Studentengemeinde als Einbruchsstelle in den Katholizismus dienen.

Demgegenüber betonten Vertreter eines an der «politischen» Theologie orientierten Glaubens, daß der theoretische Ansatz des «Kritischen Katholizismus» die Analyse der vielfältigen und gegensätzlichen religiösen, kirchlichen und theologischen Strömungen verhindere. Weiterhin sei es infolge des zu globalen Ansatzes nicht möglich, den sich verschärfenden Konflikt zwischen dem Establishment der Kirche und den kritischen Christen zu erkennen. Als bleibende Aufgabe wurde vielmehr angesehen, die emanzipatorischen Gehalte der christlichen Botschaft und deren Tradierung in der Geschichte zu reflektieren und die praktischen Konsequenzen für die Auseinandersetzung mit den herrschenden politischen Kräften und dem Establishment der Großkirche zu ziehen.

II. Hochschul-Gemeinde im Konflikt mit der Amtskirche

Nach mehreren Gemeindeversammlungen über Struktur und Selbstverständnis der zu reformierenden Studentengemeinde setzte sich die zweite Konzeption durch, wie sie in der Einleitung des Semesterprogramms Sommer 1969 formuliert ist:

«Die Gemeinde an der Hochschule versteht sich als die Gemeinschaft derer, die ihre Existenz in der Nachfolge Jesu in der konkreten Herausforderung unserer Hochschule und Gesellschaft zu leben versuchen... als unbedingte Entschlossenheit zur Gerechtigkeit, zur Freiheit und zum Frieden. Das umfassende Schlüsselwort Friede – Shalom – heißt in der jüdisch-christlichen Überlieferung weder

ein sentimentales Wegwischen aller gesellschaftlichen Konflikte und Widersprüche noch wird damit ein billiges Harmoniemodell oder eine statische Friedensordnung propagiert; sondern Shalom ist das Leitwort einer Befreiungsbewegung. In ihr werden die Menschen zum rechten Umgang mit den ihnen gewährten, jedoch von ihnen noch wahrzunehmenden Lebensmöglichkeiten befreit und ermutigt. Damit wird Friede zu einer Provokation für die bestehenden Verhältnisse, die um der anstehenden Möglichkeiten willen überholt werden sollen.»

Im Juli 1968 wurde nach einjähriger Diskussion die neue Satzung der nun Katholischen Hochschul-Gemeinde (KHG) genannten Gemeinde verabschiedet. Der aus Vertretern der verschiedenen Reformgruppen gewählte Vorstand, das Leitungsorgan der Gemeinde, das sich von der Gemeindeversammlung her legitimierte, wurde beauftragt, mit dem Berliner Bischof Kardinal Bengsch Gespräche zu führen über die Anerkennung der neuen demokratischen Gemeindegliederung und des von der Gemeindeversammlung gewählten Kandidaten für das Amt des Studentenfarrers, des Kaplans Wiesendanger. Diese Gespräche waren in der Gemeinde sehr umstritten, nicht zuletzt wegen der negativen Erfahrungen anderer progressiver West-Berliner Gruppen, wie dem «Demokratisch-katholischen Arbeitskreis». Ohne die mißglückte Kontaktaufnahme hier weiter darzustellen,³ soll das Ergebnis festgehalten werden: Nach einem einmaligen 90minütigen Gespräch zwischen Bischof und Vorstand der Gemeinde lehnte es der Bischof ab, die KHG als Nachfolgegemeinde der KSG anzuerkennen. Ebenso verweigerte der Bischof dem Kandidaten der Gemeinde die Bestätigung als Studentenfarrer. Statt dessen wurde dieser in eine von der Universität weit entfernte Gemeinde versetzt und später mehrfach aufgefordert, seine andauernde Mitarbeit in der KHG einzustellen. Die Gemeinde indes lehnte die Forderung des Bischofs, auf die Bezeichnung Gemeinde zu verzichten, ab und erklärte, sie werde der Forderung solange nicht nachkommen, solange der Bischof keine theologische Begründung für seine Ablehnung gebe.

Der von der KHG angestrebte Dialog scheiterte vor allem aus folgenden Gründen:

1. Der KHG, die eine «politische» Theologie in die Praxis umsetzen wollte, stand eine Amtskirche gegenüber, die in der Kritik an der hierarchischen Kirche nicht eine Aktivierung des Glaubens, sondern Flucht vor dem «Glauben» in Kritiksucht sah.

Dabei kreiste der Hauptkonflikt um die Beziehung des kirchlichen Amtes zur Gemeinde. Während die KHG das kirchliche Amt als eine Dienstfunktion aus der Gemeinde und für die Gemeinde deutete, bestanden die Vertreter der kirchlichen Hierarchie auf der unaufhebbaren Differenz zwischen dem gemeinsamen Priestertum aller Gläubigen und dem besonderen Priestertum des Amtes.

2. Die Berliner Amtskirche war wegen ihrer gesellschaftlichen Isolation von der kritischen Intelligenz, insbesondere der studentischen Generation, nicht über deren Problembewußtsein und Fragen informiert. Daher projizierte sie die im Dritten Reich, aber auch in der DDR während der 50er und 60er Jahre des Kalten Krieges gemachten Erfahrungen mit antikirchlicher Propaganda auf die Kritik der katholischen Studenten am kirchlichen System. Sie war nicht in der Lage, die christliche Kritik an der Institution zu unterscheiden von der antiklerikalen des Faschismus oder auch – wenn mit anderem Vorzeichen – der stalinistischen des Marxismus-Leninismus.

3. Die historisch begründete Angst vor Kritik des eigenen Systems wurde in Berlin verstärkt durch die politischen Verhältnisse. Die vulgär-marxistische Propaganda der DDR gegen die katholische Kirche trieb den mit dem DDR-Bistum verbundenen West-Berliner Teil der Kirche in die politische Kooperation mit dem antikommunistischen Konservativen. Auf diesem Hintergrund konnte die in West-Berlin besonders von der Springerpresse entfachte Propaganda gegen die antiautoritäre Studentenbewegung im Katholizismus ein besonders starkes Echo finden.

III. Politische Gemeinde

Die ergebnislosen Gespräche der KHG mit dem Westberliner Ordinariat und dem Berliner Bischof Bengsch sowie die sich verschärfenden Konflikte an der Freien Universität veranlaßten die Gemeinde im Wintersemester 1968/69, sich stärker auf die hochschulpolitischen Auseinandersetzungen zu konzentrieren. Gemeinsam mit der Evangelischen Studenten-Gemeinde (ESG), die schon seit 1963 als Initiatorin von Demokratisierungsbestrebungen an der Universität hervorgetreten war, unterstützte die KHG den Kampf der radikal-demokratischen und sozialistischen Hochschulgruppen gegen alle Versuche der Regierung von Berlin, eine Reform der traditionellen «Bildungsuniversität» in Richtung auf eine «technokratische Leistungsuniversität» durchzuführen,

ohne die politische Dimension wissenschaftlicher Arbeit als genuinen Bestandteil von Ausbildung der Studenten zu berücksichtigen.

Als am Ende der ersten Phase studentischer Protestbewegung – nämlich der antiautoritären, an der Kritischen Theorie der Frankfurter Schule orientierten – sich die Konflikte an der Universität zuspitzten, griffen die Gemeinden gemeinsam in die Hochschulpolitik ein. Sie unterstützten den Proteststreik gegen Relegationsverfahren, die gegen einige Aktive der Bewegung eingeleitet worden waren. In einem kritischen Artikel jedoch setzten sich die Gemeinden im Studentenorgan *«FU-Spiegel»* mit dem Aktivismus einiger studentischer Gruppen auseinander:

«Gegenüber einer dogmatischen Position, die die sozialistischen Gruppen in die Isolation führen müßte, formulieren die Gemeinden als Perspektive, die sie zur Diskussion stellen, eine Bündnisstrategie progressiver Assistenten, Studenten und Professoren. Das bedeutet: Verzicht auf die Verketzerung derer, die sich noch im Lernprozeß befinden. Wir, die wir uns intensiv um Bündnispartner bemühen, reden nicht einer konfliktlosen Gesellschaft das Wort, sondern plädieren für die Auseinandersetzung mit dem eigentlichen politischen Gegner, ... den Technokraten des Wissenschaftsrats, der Großindustrie usw.»⁴

IV. Ansätze zur ökumenischen Gemeinde

Obwohl wegen des ständigen Handlungszwanges die aktiven Gemeindemitglieder nicht mehr in der Lage waren, der gemeinsamen praktischen Zusammenarbeit eine fundierte ökumenisch-theologische Grundlage zu geben, kann nicht von einer Umfunktionierung der Gemeinden in einen *«politischen Kampfverband»* gesprochen werden, in dem es neben dem politischen Engagement keine theologische Reflexion, Meditation oder Gottesdienst gegeben habe.⁵ Im Gegenteil bemühten sich die Gemeinden in verschiedenen Formen des Gottesdienstes, in Seminaren mit Vertretern der *«politischen»* Theologie und einer Meditationswoche in Taizé, das Verhältnis von Glaube, Gemeinde und politischem Handeln aufzuarbeiten. In diesen Diskussionen wurde die Frage nach der konfessionellen Theologie schnell relativiert. Denn es stellte sich heraus, daß der gemeinsam unternommene Versuch, *«Shalom»* zu verwirklichen, die Frage nach der Konfessionszugehörigkeit bedeutungslos werden ließ. Aufgrund der gemeinsamen politischen Arbeit und theologischen Reflexion wurden

die organisatorischen Grenzen der beiden Gemeinden aufgehoben: die Entscheidungskompetenzen wurden der einen Gemeindeversammlung der ökumenischen Gemeinde an der Freien Universität übergeben. Damit gab es auch nur noch ein Leitungsteam der ökumenischen Gemeinde – ESG/KHG.

V. Gemeinde in der Krise

Hatte die Phase des hochschulpolitischen Engagements der ESG und KHG im Jahre 1969 gezeigt, daß eine Hochschulgemeinde eigenständige Politik in der Universität betreiben kann, ohne ihre Gemeindeidentität aufzugeben, erwies sich 1970, daß auch eine andere Befürchtung zögernder Gemeindereformer des Jahres 1968 sich nicht bewahrheitete: die Angst nämlich, eine Gemeinde könne bei ihrem politischen Handeln von einer einzigen politischen Universitätsfraktion *«unterwandert»* werden.

Solange die ESG und später beide Gemeinden in der Universität als radikaldemokratische Gruppe bekannt waren, zeigte keine andere Hochschulgemeinde, ob sozialistischer Deutscher Studentenbund (SDS) oder kommunistische Rote Zelle, Interesse, die Gemeinde zu majorisieren. Seit dem Ende der ersten Phase der Studentenbewegung hatte der Abklärungsprozeß unter den Studenten jedoch zur Bildung straff organisierter Kadergruppen geführt, den Roten Zellen. Zugleich nahmen die Versuche staatlicher Behörden, eine *«Technokratische Hochschulreform»* in der Universität durchzusetzen, zu. Damit verstärkte sich der administrative Druck auf die sozialistischen und kommunistischen Studentenorganisationen. Aus diesen Gründen begannen Vertreter einer Roten Zelle mit dem Gedanken zu spielen, die ökumenische Gemeinde für ihre Zwecke zu funktionalisieren, das heißt durch ihre Okkupation sich selber dem Zugriff der Staatsadministration zu entziehen. Bei solchen Versuchen, die die Gemeinde bei der Wahl eines neuen Pfarrers 1970/71 erlebte,⁶ behaupteten die Gemeindemitglieder jedoch ihre Position gegenüber allen Tendenzen, *«christliche Gemeinde im Proletariat aufgehen zu lassen, da sie eine dienende Funktion für das Proletariat im Klassenkampf hat»*, wie es damals hieß. Sie bestanden bei aller Solidarität und aktiver Teilnahme am Kampf gegen Klassenstrukturen und Unmündigkeit der Gesellschaft darauf, daß die theologischen Kriterien sich nicht in vorabzgebenden Leitlinien politischen Handelns fixieren

lassen, sondern nur aus dem Nachdenken der konkreten Gemeinde über sich als Gemeinde, aus dem Umgang mit und der Reflexion von biblischem Zeugnis im Kontext der konkreten Situation. Sofern Mitglieder der kommunistischen Roten Zelle seitdem in der ökumenischen Gemeinde mitarbeiten, geschieht das unter Wahrung der Eigenständigkeit beider Gruppen innerhalb einer beiderseits relativ verbindlichen politischen Zielsetzung aufgrund der jeweils in der konkreten Situation neu vorzunehmenden Absprache.

VI. Zukunft der Politischen Gemeinde

Das Scheitern des Dialogs mit der Amtskirche in West-Berlin darf die anderen politischen Hochschul-Gemeinden nicht dazu verleiten, grundsätzlich von sich aus das Gespräch mit der Institution und den anderen Gemeinden abzubreaken. Vielmehr muß jede Gemeinde aufs neue klären, welche Möglichkeiten sie hat, Lernprozesse bei sich, in der Amtskirche und in anderen Gemeinden durch intensive Kommunikation, Diskussion und Aktion zu entfalten.

Dabei ist angesichts einer in der Bundesrepublik Deutschlands sich weiter verfestigenden Institution auch eine zeitweilige Distanz, ein Auszug oder ein Kampf von Christen gegen die Institution denkbar.⁷

Bei aller Distanz oder kritischen Solidarität mit der Kirche ist es heute stärker erkennbar als zu Zeiten der ersten Rezeption «politischer» Theologie in den Hochschul-Gemeinden, daß sich ihre Mitglieder Rechenschaft über ihre eigene personalgeschichtliche Vergangenheit und Prägung durch einen autoritären Katholizismus ablegen. Denn die katholische Erziehung läßt meist nur einen eingeleisigen Weg im Sozialisationsprozeß zu, der die Menschen unfähig macht, Alternativen zu

erkennen, zwischen ihnen zu wählen und Entscheidungen zu treffen. Ohne die Aufarbeitung und Bewältigung dieser Vergangenheit wird es politischen Gemeinden nicht möglich sein, Alternativen einer herrschaftsfreien Kirche als mögliches Modell einer herrschaftsfreien Gesellschaft zu entwickeln und exemplarisch zu verwirklichen.

Stand daher für die politische Gemeinde in Berlin in den vergangenen Jahren die Aktion und Aufklärung im Vordergrund, so muß sie nach dem Ende dieser Phase studentischer Bewegung die Analyse der verfestigten neokapitalistischen Gesellschaft betreiben. Soweit sie sich als Mitglied einer sozialistischen Emanzipationsbewegung versteht, wird es von ihrem eigenen Anspruch her, Herrschaft zu minimalisieren, für sie unabdingbare Aufgabe sein, als Kritiker der zu erstarren drohenden kommunistischen Gruppen innerhalb eines «linken Pluralismus» aufzutreten. Das solidarische Entwickeln von Alternativen, das Aufzeigen neuer oder vernachlässigter Fragestellungen in diesem Pluralismus der sozialistischen Bewegung darf dabei nicht zu einer Distanzierung von deren emanzipatorischen Inhalten führen. Für Hochschul-Gemeinden, die erst mit der Praxis einer politischen Gemeinde beginnen, wie es bei vielen Gemeinden der Katholischen Deutschen Studenten-Einigung (KDSE) der Fall ist, besteht auch heute noch die Aufgabe, Initiative zu ergreifen, wo die Hochschule noch keine Politisierung durchgemacht hat, das heißt, sich noch nicht mit den eingangs erwähnten Fragen auseinandergesetzt hat.

«Politische Gemeinde» ist nach wie vor ein Anspruch, der nicht als Postulat beschworen werden darf, da solches schon sein Scheitern bedeuten würde, sondern den es weiter in der konkreten Praxis einzulösen gilt. Die Erfahrungen der ökumenischen Gemeinde sind nur ein Anfang.

¹ Vgl. J. B. Metz, *Zur Theologie der Welt* (Mainz 1968); H. Gollwitzer, *Die reichen Christen und der arme Lazarus* (München 1968); Metz-Moltmann-Oelmüller, *Kirche im Prozeß der Aufklärung* (München-Mainz 1970); H. Schmidt, *Frieden* (Berlin 1969).

² Van Onna-Stankowski, *Kritischer Katholizismus* (Frankfurt 1969); M. Krämer, *Kritische und «kritische» Katholiken*, Frankfurter Hefte (24. Jahrgang, Heft 10) 697-704 (1969).

³ KHG - Autorenkollektiv, *Historische und theologische Selbstdarstellung der KHG in Berlin: Initiative* (9. Jahrgang, Heft 3) 17-20 (1969).

⁴ Vgl. K. B. Hasselmann, *Politische Gemeinde* (Hamburg 1969).

⁵ Vgl. H. Maier, *Kritik der politischen Theologie* (Einsiedeln 1970) 88 ff.

⁶ Der Pfarrer der ESG, Hasselmann, verließ die Gemeinde im Frühjahr 1970; der Kaplan Wiesendanger verunglückte im Sommer 1970 tödlich. Als gemeinsamen neuen Pfarrer wählten die evangelischen und katholischen Studenten der ökumenischen Gemeinde den Hamburger G. Altendorf.

⁷ Vgl. die Konflikte zwischen Deutscher Bischofskonferenz und Katholischer Deutscher Studenten-Einigung: F. J. Trost, *Studenten zwischen Kirche und Politik*: Publik, Nr. 8 (1971); E. Schmied, *Politisches Engagement oder geistiges Ghetto*: Publik, Nr. 31 (1971).